

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 41 – Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Stellv. Pressesprecher
Dr. Jörg Nickel

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0178/28 49 591

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 266.05 / 29.09.2005

Nun sind auch Konsequenzen gefordert

Wir danken der Bürgerbeauftragten und ihrem Team einmal mehr für ihre hervorragende Arbeit und ihr großes Engagement für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land.

Auch der Tätigkeitsbereich für das Jahr 2004 zeigt, wie alle seine Vorgänger, wie notwendig und wichtig diese Arbeit ist. Inzwischen hat dies sogar die CDU-Fraktion eingesehen und ihre bisherigen Streichungspläne, die sie noch bei Beratung des Haushaltes im vergangenen Jahr vehement vertreten hat, ad acta gelegt.

Die CDU hatte schlicht aufs falsche Pferd gesetzt hat, weil sie Sparvorschläge für ihre unfinanzierbaren Forderungen brauchte. Die Fallzahlen der Bürgerbeauftragten steigen von Jahr zu Jahr, weil die Gesetze immer noch zu kompliziert sind und das gesellschaftliche Klima rauer wird.

Im Jahr 2004 haben sie ein Maximum von 2.775 Fällen erreicht, von ihnen konnten erfreulicherweise 2.608 im Sinne der BürgerInnen abgeschlossen werden. Dank Hartz IV werden die Zahlen 2005 noch einmal steigen.

Besonders bedrückend ist, dass anscheinend die Verwaltungen zunehmend ihrer Verpflichtung zur sachgerechten Bearbeitung der Bürgeranliegen nur unzureichend nachkommen - das ist weder bürgerfreundlich noch kundenorientiert.

Ein demokratischer Sozialstaat lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte offensiv einfordern und ihnen dabei kompetente Unterstützung zur Verfügung gestellt wird.

Die Bürgerbeauftragte leistet dieses, ist landesweit bekannt, fachlich anerkannt und hat ihre Außensprechtagge bedarfsentsprechend erweitert und verstetigt.

Institutionen wie die Bürgerbeauftragte, der Flüchtlingsbeauftragte, der Behindertenbeauftragte und wie der Petitionsausschuss stabilisieren unseren Staat. Auch deshalb unterstützen Bündnis 90/Die Grünen den Vorstoß der Bürgerbeauftragten für die modellhafte Erprobung eines Beschwerde- und Ideenmanagements in einzelnen Behörden.

Exemplarisch dafür, dass Verwaltungshandeln überprüft werden muss, sind die gemeinsamen Servicestellen für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX. Die grundlegende Intention dieser Einrichtungen war, alle Leistungsträger im Interesse der Ratsuchenden in einer zentralen Beratungs- und Anlaufstelle zusammen zu führen und Verschiebeparkplätze aufzulösen.

Die Antragsteller sollten in der Servicestelle Informationen über alle Leistungsträger abrufen und das komplette Antragsverfahren dort abwickeln können. Die Zuständigkeitszuordnung, die Kooperation zwischen den betroffenen Leistungsträgern sowie die Fristwahrung und Abwicklung des Antragsverfahrens sollten intern durch die Servicestelle umgesetzt werden.

Der Bericht der Bürgerbeauftragten aber auch der des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung machen deutlich, dass wir von dieser guten Idee in der Praxis noch meilenweit entfernt sind:

- In fast allen Servicestellen sind lediglich Mitarbeiter eines Leistungsträgers, in Schleswig-Holstein der LVA, im Einsatz.
- Eine Kooperation mit anderen Leistungsträgern ist in den wenigsten Fällen in konkreten Arbeitsabläufen geregelt, sondern beschränkt sich auf das Wissen um Telefonnummern und Ansprechpartner.
- Die Inanspruchnahme der Servicestellen ist gering; nach dem Bericht der wissenschaftlichen Begleitforschung hatten 30 Prozent der Servicestellen bundesweit im gesamten Jahr 2003 keinen einzigen Kundenkontakt und weitere 22 Prozent nur bis fünf Kunden.
- Auch 2004 sind noch nicht alle Servicestellen in Schleswig-Holstein auch barrierefrei erreichbar.

Diese Ergebnis ist nicht akzeptabel. Deshalb hat meine Fraktion diesen Punkt aufgegriffen und einen Landtagsantrag gestellt, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, im Dezember einen Bericht über die Arbeit der Servicestellen vorzulegen, die Probleme aufzuzeigen und Lösungsansätze zu benennen. Ich danke der Bürgerbeauftragten und ihrem Team für die wertvolle Arbeit und die gute Zusammenarbeit.